

## **“Nachtflugstrategen“ wollen nur den BER-Standort retten**

*Sind die betroffenen Menschen wirklich nicht mehr wert?*

Alle vom Fluglärm Betroffenen, insbesondere die Meistbetroffenen zwischen Gosen/Müggelheim und Genshagen/Ludwigsfelde, sowie zwischen dem Berliner Süden und Rangsdorf im LK Teltow/Fläming, werden nach Inbetriebnahme des BER die volle Wucht des gesundheitsgefährdenden Lärms über Generationen ertragen müssen. Diese Perspektive gilt so lange, wie der Flugbetrieb vom BER abgewickelt wird.

Jetzt wird die Katze aus dem Sack gelassen. Bürgerinitiativen, die sich um den sich so nennenden ABB - eine Sammlung von BIs im Süden/Westen des BER-Standortes gegründet und vor zwei Jahren ihre mögliche Betroffenheit vom Fluglärm entdeckt haben - kämpfen offen für den Erhalt des BER-Standortes. Sie haben nach durchgeführtem Volksbegehren nun den Volksentscheid für eine andere Nachtflugregelung als Kampfinstrument für den Erhalt des BER-Standortes Schönefeld entdeckt. Ihr „Obersprecher“ Schubert (Kleinmachnow), der auch noch fünf anonyme „Wirs“ als Zampanos für den Volksentscheid ins Feld führt, ruft jetzt, ohne die Mitglieder aller Bürgerinitiativen zu fragen und ohne mit ihnen zu diskutieren, zur Vorbereitung eines Volksentscheides auf. Es geht nur darum, die Mitglieder zu bewegen, 500 000 Unterschriften herbei zu schufden und dafür auch noch zu bezahlen. Letzteres wird noch schamhaft verschwiegen. Motto wie gehabt: Wenn die Sammelaktion erst mal läuft, dann werden wir sagen, was sie kostet, damit die Sammler/BIs auch noch für die Propaganda zum Volksentscheid zahlen. Diese Masche hat ja schließlich bei der Kampagne zum Volksbegehren schon gezogen.

Vorsorglich macht dieser Schubert nun darauf aufmerksam (Mail vom 20. Dezember 2012), dass er und seine fünf anonymen Mitstreiter andere Meinungen, insbesondere solche, die sich gegen den BER-Standort richten und somit für eine Entzerrung des Fluglärms eintreten, nicht seine Gnade finden. Diese Mail belegt das ganze Verhalten, die Methode, mit der die BIs in den Willen von fünf Anonymen und Zampano Schubert hineingezogen werden sollen. Dass diese Methode auch noch undemokratisch ist, sich gegen die Grundsätze der Arbeit von Bürgerinitiativen richtet, stört Schubert und seine Anonymen nicht.

Wie die für das ganze Desaster verantwortlichen Parteiführungen, die ihre Mitglieder auch nicht befragen, kämpfen sie mit gedrechselten und die tatsächlichen Fakten vertuschenden Behauptungen für eine andere als die nach Inbetriebnahme des BER vorgesehene Nachtflugregelung. Sie propagieren die Nachtruhe von 22:00 Uhr bis 6:00 Uhr. **Damit befinden sie sich im künstlichen Gegensatz zu Wowereit (SPD), Platzeck (SPD), Ramsauer (CSU), Linke und FDP, die nach Inbetriebnahme des BER die Nachtruhe von 0:00 bis 5:00 Uhr auf fünf Stunden beschränkt haben. Nur, dieser Gegensatz hat eine große Gemeinsamkeit: Der BER am Standort Schönefeld wird nicht angetastet, das dumme Konzept des „single airports“ wird geschützt.**

Nach gewonnenem Volksbegehren fühlen sich diese Volksbegehren-Zampanos berufen, die BIs auf den Kurs eines Volksentscheides in Brandenburg zu trimmen. Mit einem Volksentscheid sollen die Stimmen von über 500 000 Brandenburger herbei geschuftet werden, um den Standort zu retten, weil nur so das Problem der Nachtruhe dann in ihrem Sinn als erledigt gilt. Da darf man gespannt sein, wie viele Mitglieder von den BIs bereit sind, selbst in den BER-entferntesten Gegenden Brandenburger zu motivieren, um am BER eine andere Nachtflugregelung durchzusetzen.

**Was nun aber klar ist: Ob BIs für die Durchsetzung einer Nachtruhe von acht Stunden einen Volksentscheid veranstalten wollen, oder die Parteien bei der jetzt rechtskräftigen Regelung von fünf Stunden Nachtruhe bleiben, im Ziel sind sich ABB-Sprecher Schubert und seine fünf Anonymen (SPD) mit Platzeck und Wowereit einig: Der BER muss als single airport am Standort Schönefeld bleiben. Wie schon bei der angeschobenen Diskussion um andere Flugrouten, offenbaren die Befürworter eines Volksentscheides und die politischen Vertreter einer unmenschlichen Nachtflugregelung ihre charakterliche Hinwendung zum St.-Florians-Prinzip. Im Klartext wollen sie, dass die Meistbetroffenen auf ewige Zeiten einen unerträglichen und gesundheitsgefährdenden Fluglärm auch am Tage ertragen sollen. Es rührt sie nicht, dass deren zu Beginn der BER-Inbetriebnahme über 20 000 Immobilien praktisch enteignet werden, ein Lärmschutz wie rechtlich gefordert nicht abgesichert ist, ca. 16 000 Kinder in Schulen, die zu Akustikkäfigen umgebaut werden, ihre Unterweisungen bekommen, davon 15% fluglärmkrank werden und schon jetzt über 75 000 Menschen nur noch bei geschlossenen Fenstern und mit Ventilatorenbelüftung leben müssen. Dazu kommt dann noch, dass der Aufenthalt in den**

**Außenbereichen und Erholungsgebieten gesundheitsgefährdend ist. Wie paradox! Diese - wirklich Tag und Nacht - vom Fluglärm betroffenen Menschen sollen gefälligst diese Opfer bringen, weil am Tage nur gering Betroffene auch noch die volle Nachtruhe haben wollen. Zynisch begründen die ABB-Protagonisten ihre unerträgliche Haltung mit der dummen Behauptung: Wer darauf besteht, den Fluglärm für die gesamte Region zu bekämpfen, was nur durch die Aufgabe des BER-Standortes möglich wäre, der macht eine Kampagne zum Volksentscheid unmöglich. Das hätten schließlich auch Gespräche mit den Linken und den Grünen ergeben. So muss man ABB-Schubert und zumindest seine „Fünf“ interpretieren, wenn man dies Schubert-Mail vom 20.12.12 liest.. Die tatsächlichen Problem interessieren nicht, dafür wird nicht gekämpft, dafür ist der Nebenkriegsschauplatz „Nachtflug“ heute so wichtig, wie die unselige Flugroutendiskussion, die auch schon ein jämmerliches Ende fand und die Betroffenen entsolidarisierte. Wer also selbst einen Hinweis auf den falschen Standort zum Gegenstand einer Befragung macht, der will keine Nachtruhe, weil so ein Volksentscheid nicht zu gewinnen ist, so das Mantra. Was glauben Schubert und seine fünf Anonymen, wie es den wirklich Betroffenen zumute ist, wenn sie feststellen, dass der „ABB-Sprecher“ noch nicht einmal ein gutes Wort für ihre Betroffenheit übrig hat, aber erwartet, dass sie seinen - für sie nicht hilfreichen - Zielen folgen sollen.**

**Schubert teilt darum den Bls (Mail vom 20.Dez.2012) sorgenvoll mit:** „Mit dem zweiten Passus wird de facto verlangt, einen weiteren Standort in Brandenburg zu eröffnen. Dies bedeutet, dass der Fluglärm in Brandenburg insgesamt wachsen wird. Ein solches Begehren in Brandenburg dem gesamten Volk zur Abstimmung vorzulegen, ist aussichtslos, zumal im Süden, der ja schon von Fluglärm betroffen ist, die wahrscheinlichsten Standorte Sperenberg und Jüterbog liegen.“

**Daraus schlussfolgert der BER-Erhaltungsstrategie:** „Dort können wir aber eigentlich wegen der schon spürbaren Betroffenheit die meisten Stimmen holen. Aber auch den Osten wird wegen Neuhardenberg der zweite Passus abschrecken. Wer mit dem zweiten Passus in den Wahlkampf zieht, hat also schon verloren!“

Spätestens mit dieser Begründung, nach der nur möglich ist, aus diesen nach seiner Behauptung jetzt schon fluglärm-betroffenen Regionen, notwendige Unterschriften zu bekommen, hat Schubert bewiesen, dass seine Sachkenntnis über die Auswirkungen von Fluglärm auf andere Regionen unterentwickelt ist. Er negiert, dass gerade in Neuhardenberg

alle Parteien verzweifelt für einen Flugbetrieb auf dem ehemaligen DDR-Regierungsflughafen gekämpft haben. Natürlich vertuscht er auch die Erkenntnisse zur Fluglärmbelastung der Region „Sperenberg“ im Falle des Betriebs eines Flughafens auf dem Gelände des ehemaligen sowjetischen Militärflughafens. Nach allen Erkenntnissen wären in dieser Region bei weit über 500 000 Flugbewegungen/Jahr zwischen 2000 und höchstens 3000 Menschen betroffen. Diese im Verhältnis zu 200 000 Betroffenen aufzurechnen, wohl wissend, dass sich mit einer 3. Start- und Landebahn am BER die Zahl der Betroffenen steigert und sie noch mehr dem Fluglärm ausgesetzt werden, zeugt vom Denken in unverhältnismäßigen Kategorien. Schubert leugnet so einfach auch die Tatsache, dass der Fluglärm über Brandenburger Regionen aus einem ganz anderen Grund zwangsläufig wächst und so auch sein schönes Kleinmachnow, Potsdam und die Havelseen unter den Lärmteppich zwingt. Weiß er nicht, dass die Zahl der Flugbewegungen von ca. 240 000/Jahr bei BER-Inbetriebnahme auf 440 000/Jahr bis nach 2020 gesteigert wird? Glaubt der Zampano, dass mehr Flugbewegungen den Flugbetrieb leiser und die belasteten Regionen kleiner machen? Allerdings wäre auch anzunehmen, dass Schubert mit solchen sachlich unhaltbaren Behauptungen wieder die negative Charaktereigenschaft des St.-Florians-Prinzips als Waffe für seine obskuren Interessen befördern will. Im Klartext will er mit der schmierigen Parole „Unterstützt den Volkentscheid für eine andere Nachtflugregelung, dann bekommt ihr keinen Fluglärm - er bleibt dann da, wo er hingehört“ auf Stimmenfang gehen.

Zu dieser auch noch naiven, unmoralischen Betrachtung gehört dann auch, dass er verschweigt, was selbst ein gewonnener Volkentscheid bewirken soll. Glaubt dieser BER-Erhaltungsstrategie, dass sich Platzeck, Wowereit, Ramsauer und ihre Kopfnicker im Berliner Abgeordnetenhaus und im Potsdamer Landtag dem Ergebnis eines Volkentscheides beugen? Glaubt er etwa, die rechtlichen Hürden, die die Nachtflugregelung bestimmen, mit einem Volkentscheid aushebeln zu können? Die Antworten sind doch schon jetzt, als Reaktion auf das Volksbegehren, gegeben: „Begehrt mal schön“ so Platzeck und Co. „Es bleibt bei der Nachtflugregelung“. Auch Schubert wird darum erleben, wie spätestens im Februar 2013 in einer Landtagsdebatte insbesondere die Redner seiner Partei, der SPD, das Ergebnis des Volksbegehrens abmeiern. Das wird auch Schubert nicht als Niederlage werten, zu schön ist der Selbstbetrug von einem Sieg, der nichts gebracht hat.

Wie dumm Schubert nun versucht, die BIs erneut auf die Verliererstraße zu schicken (erste Verliererstraße: die Flugroutendiskussion; zweite: die kühle Abweisung des Volksbegehrens), zeigt seine Behauptung zur

Position der brandenburgischen CDU. Es lohnt, die Dummheit zu zitieren und zu interpretieren:

Schubert: „Der Beschluss von Landesvorstand und Fraktion der CDU vom 13.12, enthält übrigens neben dem schon erwähnten Nachtflugverbot von 23-6 Uhr unter Punkt 5 die Aussage": Für die weitere kapazitive Entwicklung und die Wirtschaftlichkeit des Flughafens ist es notwendig, dass unverzüglich strategische Entscheidungen vorbereitet werden." Die CDU will also offenkundig den Flughafenbetrieb oder die Standorte erweitern. Das halte ich ebenfalls für kontraproduktiv.“

Sicherlich zwei Jahre lang hat Schubert - wie auch andere BI-Sprecher - nicht gemerkt oder zur Kenntnis nehmen wollen, dass es ausgerechnet die CDU war, die die „Nationale Front“ der Schönefeld-Standortfetischisten in Frage stellte und aus ihrer einst bedingungslosen Treue zur Platzeck-Flughafenpolitik Konsequenzen gezogen hat. Was auch Schubert nicht interessiert hatte, waren die Initiativen dieser Partei zum Lärmschutz, zu betriebswirtschaftlichen Problemen der FBB und die Quälerei durch Anträge und Anfragen, die wesentlich dazu beigetragen haben, das ganze Gebäude von Lügen und Vertuschungen zum Einbruch zu bringen. Ohne jede Sachkenntnis und ohne jede Faktenprüfung erklärt er dann die nicht von der Hand zu weisende Notwendigkeit der durchaus möglichen Verlagerungen des Flugbetriebes an andere Standorte für kontraproduktiv. Dies, weil dann der Fluglärm in Brandenburg noch weiter verbreitet wird. Da muss man wirklich schlussfolgern, dass Schubert am BER alsbald eine 3. Start- und Landebahn will. Es ist doch seine Partei, die SPD, die ein Wachstum auf 440 000 Flugbewegungen/Jahr anstrebt. Das heißt minütliche Überflüge und die endgültige Verlärmung auch seiner Gemeinde Kleinmachnow und aller Gemeinden die sich im ABB zusammengefunden haben, sowie zusätzlich der Landeshauptstadt Potsdam.

**Das alles negiert Schubert mit seinen fünf Anonymen. Wie sicher er sich ist, dass alle BIs seiner BER-Standorterhaltungsstrategie folgen, belegt dann das Ende seiner Mail. Zitat:** „Wir müssen daher zur Zeit davon ausgehen, dass es zum Volksentscheid kommt. Wir, d.h. bvbb, bso, abb und bündnis gegen neue Flugrouten, müssen diesen mit aller Kraft und gemeinsam vorbereiten. Dazu brauchen wir eine spezielle bündnisübergreifende Organisationsstruktur. Dies wollen wir wie auf der erweiterten abb-Sitzung am 12.12.vereinbart am 9.1. in Teltow (19 Uhr, Büro der BI Teltow, Neue Straße 3) vorbesprechen. Markus Peichl vom Bündnis gegen neue Flugrouten hat schon zugesagt.“

Nicht nur NA, sicher vor allem die Meistbetroffenen, die sich in der Vergangenheit vom BVBB vertreten fühlten, werden jetzt gespannt darauf warten ob alle BIs einer „Schubert-Strategie folgen werden, die den BER-Fluglärm nicht beseitigt, sondern von der Nacht auf den Tag verlagert. Gleichzeitig - infolge des Schutzes des Standortes - wird dann zusätzlich im Laufe der Jahre der Fluglärm in Dimensionen gesteigert, die die Katastrophe des Standortes selbst den Gläubigen an politische Propaganda die Ohren öffnet.

**NA ist - wie zunehmend von Experten bestätigt - sicher, dass die Probleme aus der falschen Standortentscheidung nur mit Umsetzung des Konzeptes „Zentralflughafen für Deutschland - Alternative für den BBI/BER“ beseitigt werden können. Darum fordert NA von den Bis, die Kräfte nicht im Kampf auf Nebenkriegsschauplätzen zu verschleißen, sondern jetzt wirklich ernsthaft in Worten und Aktionen diesem Konzept zur Wirkung zu verhelfen.**

**Wir fragen darum, ist es so schwer begreifbar, dass Fluglärm sowohl am Tage als auch in der Nacht nur verschwindet, wenn der Standort Schönefeld zugunsten eines neuen, raumverträglichen Standortes aufgegeben wird?**

***Sollen die schon nach BER-Inbetriebnahme über 200 000 Fluglämbetroffenen wirklich nur mit einer neuen Nachtflugregelung abgespeist werden?***

Ferdi Breidbach (als Ehrenvorsitzender BVBB)  
Werner Gerhardt ( Berlin-Lichtenrade)  
Die Redaktion der „Neuen Aktion“

Hier die Schubert-Mail vom 20.12.12 auf die sich der vorstehende Kommentar bezieht.

### **Schubert zum Volks2020212**

**Sent:** Thursday, December 20, 2012 9:38 PM

**Subject:** Organisation des Volksentscheides

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

wie angekündigt berichte ich über das Gespräch mit Christine Dorn und anderen am Montag und über das Gespräch mit den Grünen und Linken.

1) Bei dem Gespräch am Montag konnten die fünf Vertreter des Volksbegehrens sich die Sichtweise Christine Dorns und anderer, der zweite Passus habe eine eigenständige Bedeutung und dürfe nicht für obsolet erklärt werden, nicht zu eigen machen. Mit dem zweiten Passus wird de facto verlangt einen weiteren Standort in Brandenburg zu eröffnen. Dies bedeutet, dass der Fluglärm in Brandenburg insgesamt wachsen wird. Ein solches Begehren in Brandenburg dem gesamten Volk zur Abstimmung vorzulegen ist aussichtslos, zumal im Süden, der ja schon von Fluglärm betroffen ist, die wahrscheinlichsten Standorte Sperenberg und Jüterborg liegen. Dort können wir aber eigentlich wegen der schon spürbaren Betroffenheit die meisten Stimmen holen. Aber auch den Osten wird wegen Neuhardenberg der zweite Passus abschrecken. Wer mit dem zweiten Passus in den Wahlkampf zieht, hat also schon verloren!

Die weiter von Christine erhobene Befürchtung, es sei rechtlich nicht möglich das Nachtflugverbot zu erreichen, wenn man den zweiten Passus im parlamentarischen Verfahren kippt, teile ich aus verschiedenen Gründen nicht.

2) Wir fünf Vertreter des Volksbegehrens akzeptieren daher das Angebot der Grünen (Fraktionsvorsitzender und Fraktion) für ein strenges Nachtflugverbot von 22-6 Uhr unter Aufgabe des zweiten Passus. Hat der Vo'rschlag im Landtag erfolg und ergeht der von uns gewünschte Beschluss, würden wir das Volksbegehren für erledigt erklären.

Die Linken (Gespräch am Freitag mit Parteivorsitzenden Ludwig, Fraktionsvorsitzenden Görke und Fraktion) sind derzeit nicht für ein Nachtflugverbot von 22:00 bis 6:00 Uhr zu haben, die Gespräche blieben leider anders als bei den Grünen bislang erfolglos. Allerdings haben wir die Fortsetzung der Gespräche für Anfang Januar vereinbart.

Das Angebot der CDU - 23-6 Uhr - halten wir Vertreter des Volksbegehrens für nicht ausreichend. Ein Gesprächsangebot der Parteispitze und der Fraktion liegt derzeit nicht vor, wir sind zu einer Sitzung des "Landesfachausschusses Zukunft Flughafen BER" Ende Januar eingeladen. Der Beschluss von Landesvorstand und Fraktion der

CDU vom 13.12, enthält übrigens neben dem schon erwähnten Nachtflugverbot von 23-6 Uhr unter Punkt 5 die Aussage": Für die weitere kapazitive Entwicklung und die Wirtschaftlichkeit des Flughafens ist es notwendig, dass unverzüglich strategische Entscheidungen vorbereitet werden." Die CDU will also offenkundig den Flughafenbetrieb oder die Standorte erweitern. Das halte ich ebenfalls für kontraproduktiv. Von der SPD sind bislang überhaupt keine Gespräche angeboten worden. Das ist nicht mal kontraproduktiv.

Wir müssen daher zur Zeit davon ausgehen, dass es zum Volksentscheid kommt. Wir, d.h. bvbb, bso, abb und bündnis gegen neue Flugrouten, müssen diesen mit aller Kraft und gemeinsam vorbereiten. Dazu brauchen wir eine spezielle bündnisübergreifende Organisationsstruktur. Dies wollen wir wie auf der erweiterten ab-Sitzung am 12.12.vereinbart am 9.1. in Teltow (19 Uhr, Büro der BI Teltow, Neue Straße 3) vorbesprechen. Markus Peichl vom Bündnis gegen neue Flugrouten hat schon zugesagt. Wir bitten, dass auch Vertreter von BVBB und BSO dazukommen. Dort wollen wir Vorschläge für die Grundstruktur und für die Grundaussagen des Wahlkampfes erarbeiten. Eine erste Diskussionsgrundlage legen wir aufbauend auf dem Vorschlag von Prof. Carius mit dieser email vor. Die am 9.1. erarbeitete Grundstruktur kann dann im Januar von den BIs beschlossen werden. Wir müssen diese Festlegungen in jedem Fall im Januar treffen. Es ist eine gigantische Aufgabe und wir müssen unverzüglich damit anfangen.

Ich danke allen für die bislang geleistete, sehr erfolgreiche Arbeit, wünsche allen schöne Weihnachten, einen guten Rutsch und vor allen Dingen gute Erholung und viele neue Ideen.

Herzliche Grüße  
Matthias Schubert  
Sprecher abb  
Vertreter des VB  
015140133961